

## Im Einsatz für die Demokratie

Konferenz in der KZ-Gedenkstätte mit 40 Teilnehmern

VON HANS-PETER NIESEN

Moringen – 20 Prozent aller Polizisten in der Polizeiinspektion (PI) Northeim haben bereits das Workshopangebot der KZ-Gedenkstätte Moringen im Rahmen des Projekts „Polizeischutz für Demokratie“ genutzt, um sich über „polizeiliches Handeln in der Frühzeit der NS-Diktatur am Beispiel des KZ Moringen“ zu informieren. Das sagte der Leiter Einsatz der Polizeibehörde, Marc-Dennis Pülm, bei der Demokratiekonferenz in der ehemaligen KZ-Kommandantur an der Langen Straße in Moringen.

Dort hatten sich rund 40 Teilnehmer im ehemaligen Krankenzimmer getroffen, um unter dem Motto „Geschichtslernen und Zivilgesellschaft“ zu diskutieren, wie Demokratie heute geschützt werden kann.

„Wir sind die Wächter des Systems.“ Mit diesem Satz erinnerte Pülm an die ganz besondere Verantwortung der Beamten zum Schutz der Demokratie und ihre Pflicht ihr eigenes Handeln zu hinterfragen. Denn, so der Beamte „im alltäglichen Dienst könnten sich Vorurteile und Ressentiments festsetzen“.

Wie nachhaltig so ein Besuch am früheren Ort des Geschehens sein kann, berichtete die Leiterin des Polizeikommissariats Uslar, Cornelia Klausch, die als Demokratie-Schutzpatin tätig ist.

„Der Gang über den Friedhof macht so vieles anschaulich – ein wirklich gutes Konzept.“ Dort sind unter anderem Jugendliche begraben, deren einziges „Verbrechen“ darin bestand, Swing-Musik gehört zu haben. Mattis Binner, Vorsitzender des Vereins



**Inhaltsstarke Demokratiekonferenz:** Mattis Binner (links), Vorsitzender des Vereins KZ-Gedenkstätte Moringen, berichtete über die bisherigen vier Demokratie-Workshops mit der Polizei.

FOTOS: HANS-PETER NIESEN

KZ-Gedenkstätte Moringen, sagte, die Zusammenarbeit mit der Polizei sei noch relativ neu. Unter anderem gehe es darum, zu zeigen, wie schnell und reibungslos die Machtübernahme der Nazis vor 90 Jahren funktioniert habe. „Die Polizei hat damals eine maßgebliche Rolle gespielt.“

Binner warnte angesichts der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen davor, dass die Demokratie immer mehr infrage gestellt werde.

Darauf hatte schon Landrätin Astrid Klinkert-Kittel in ihrer Begrüßung zu Beginn der Konferenz hingewiesen.

Mit der Eröffnung eines regionalen Demokratiezentrum solle das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden.

Zurzeit wird noch sondiert, wo und wie dieses Zentrum betrieben werden soll.

Stefan von Huene, Oberstufenkoordinator der KGS Moringen, sagte, es sei insbesondere für Jugendliche wichtig, zu zeigen, dass es auch damals Handlungsspielräume gegeben habe. Er nannte das



**Anna Schäfer**

„Partnerschaft für Demokratie“.

kleine Beispiel, dass bei einer Verhaftung damals der Polizist es hätte erlauben können, Fotos von Angehörigen mitzunehmen.

Siegfried Pinkepank aus Einbeck kritisierte, dass Corona-Gegner ohne Anmeldung und unbehelligt demonstrieren durften, „während Teile der Zivilgesellschaft“ von der Polizei kontrolliert worden seien. „Für mich war es ein Tabubruch, dass Demonstrationen ohne Anmeldung stattfanden.“

Die Bundestagsabgeordnete Frauke Heiligenstadt kritisierte, dass insbesondere mehr Erwachsene anfällig für Verschwörungstheorien würden. „Jeder muss bei der Stärkung der Demokratie mitmachen“, forderte sie mit Blick

auf die Zivilgesellschaft. Ein Punkt, der auch für den Leiter der KZ-Gedenkstätte, Dr. Dietmar Sedlaczek, wichtig ist. Die Gedenkstätte, sagte er, sei inzwischen auch zu seinem Lernort für Demokratie geworden.

Northeims Kreisjugendpfleger, Andreas Kohrs, regte an, ein Programm wie für die Polizei auch für Erzieher, Pädagogen und Sozialassistenten aufzulegen.

Anna Schäfer von der Organisation „Partnerschaft für Demokratie“ stellt ein ganzes Bündel von Forderungen zur Stärkung der Zivilgesellschaft in den Raum.

Dazu zählte sie unter anderen verlässliche Förderstrukturen, gemeinsame Bekenntnisse, Stärkung und fachliche Qualifizierung vorhandener Netzwerke, Vereine und Personen, Wertschätzung des Ehrenamts sowie entschlossenes Vorgehen bei demokratiefeindlichen und extrem rechten Vorfällen und Aktivitäten mit Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten durch die Ordnungsbehörden.